

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

**Information und Entscheidung zu den Äußerungen aus der
erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)
vom 30.08.2022 bis zum 05.10.2022
sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
vom 30.08.2022 bis zum 05.10.2022**

Zweckverband Flugplatz Bitburg, Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“

Die folgenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden zur Planung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Name der Behörde / des Trägers öffentlicher Belange	Datum der Rückäußerung
01. ADD Referat 21 b, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier	
02. Bischöfliches Generalvikariat Trier, Postfach 1340, 54203 Trier	
03. Bundesforst Bundesforstbetrieb Rhein-Mosel, Grünbacherweg 7, 55774 Baumholder	
04. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Ostallee 3-5, 54290 Trier	
05. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Hauptstelle Dortmund, Sparte Portfoliomanagement, Fontanenstraße 4, 40470 Düsseldorf	
06. Deutsche Bahn Ag, DB Immobilien Region Mitte, Liegenschaftsmanagement, Camberger Straße 10, 60327 Frankfurt am Main	
07. Deutsche Telekom Technik GmbH, PTI 14, Polcher Straße 15-19, 56727 Mayen	09.09.2022
08. Deutscher Wetterdienst, Abteilung Finanzen und Service, Postfach 100465, 63004 Offenbach	
09. DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Am DFS-Campus 10, 63225 Langen	15.09.2022
10. Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel, Westpark 11, 54634 Bitburg	
11. Eisenbahn-Bundesamt (EBA), Landeseisenbahnverwaltung Rheinland-Pfalz, Untermainkai 23-25, 60329 Frankfurt/Main	
12. Ev. Kirchengemeinde, Trierer Straße 17, Trierer Straße 17, 54634 Bitburg	

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

13.	Forstamt Bitburg, Kleistraße 5, 54634 Bitburg	31.08.2022
14.	Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Hohlstraße 12, 54292 Trier	31.08.2022
15.	Handwerkskammer Trier, Loebstraße 18, 54292 Trier	
16.	Industrie- und Handelskammer, Herzogenbuscher Straße 12, 54292 Trier	
17.	Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Trierer Straße 1, 54634 Bitburg	29.09.2022
18.	Stadtverwaltung Trier, Amt für Stadtkultur und Denkmalschutz, Viehmarktplatz 20, 54290 Trier	
19.	Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesarchäologie, Weimarer Allee 1, 54290 Trier	16.09.2022
20.	Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz, Emy-Roeder-Straße 5, 55129 Mainz	
21.	Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Brunnenstraße 1, 54568 Gerolstein	16.09.2022
22.	Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 667C, 55483 Hahn Flughafen	15.09.2022
23.	Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Dienststelle Trier, Gartenfeldstraße 12 a, 54295 Trier	29.09.2022
24.	LBB-Niederlassung Landau-Abt. Pipeline Maßnahmen, Untertortplatz 1, 76829 Landau	
25.	LBB-Niederlassung Trier, Postfach 3410, 54224 Trier	
26.	Ministerium d. Inneren u. für Sport, Oberste Landesplanungsbehörde, Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz	
27.	Planungsgemeinschaft Region Trier, Postfach 40 20, 54290 Trier	31.08.2022
28.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Deworastraße 8, 54290 Trier	26.09.2022
29.	Stadtverwaltung Bitburg, Rathaus, 54634 Bitburg	
30.	SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, Ostallee 7-13, 54290 Trier	
31.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3-5, 56068 Koblenz	
32.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Deworastraße 8, 54290 Trier	28.09.2022
33.	Stadtwerke Bitburg, Denkmalstraße 6, 54634 Bitburg	29.08.2022
34.	Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel, Im Viertheil 24, 54470 Bernkastel-Kues	
35.	VGW Bitburger Land, Hubert-Prim-Straße 7, 54634 Bitburg	
36.	VGW Bitburger Land für die Ortsgemeinde Hüttingen/Kyll	
37.	VGW Bitburger Land für die Ortsgemeinde Oberstedem	
38.	VGW Bitburger Land für die Ortsgemeinde Röhl	
39.	VGW Bitburger Land für die Ortsgemeinde Scharfbillig	

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

40.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn	30.08.2022
41.	Westnetz GmbH Regionalzentrum Trier, Eurerer Straße 33, 54294 Trier	29.08.2022
42.	Regionales Klimabüro Essen des Deutschen Wetterdienstes, Wallneyer Straße 10, 45133 Essen	

Es liegen keine Äußerungen / Informationen von neutralen Personen oder Organisationen vor.

Folgende Äußerungen / Informationen aus der Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 2 BauGB) liegen vor:	Kommentierung Planungsbüro / Verwaltung
Nr. 07 Deutsche Telekom Technik GmbH, PTI 14, Polcher Straße 15-19, 56727 Mayen– Schreiben vom 09.09.2022	Zu Nr. 07
<p>„...Die Telekom Deutschland GmbH- als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 2 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechten und Pflichten der Wegsicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Gegen die o.a. Planung haben wir keine Einwände.“</p> <p>Kein Beschluss erforderlich.</p>	Der Hinweis, dass gegen die Planung keine Einwände bestehen, wird zur Kenntnis genommen.

Nr. 09 DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Am DFS-Campus 10, 63225 Langen – Schreiben vom 15.09.2022	Zu Nr. 09
<p>„...aus Hindernissicht antworten wir wie folgt auf die Beteiligung:</p> <p>Die Grenze des Bebauungsplans reicht nach unseren Messungen bis 229 m an die neue Landeschwelle 05 bzw. bis 79 m an den Kopf der neuen Start-/Landebahn 05/23 am Sonderlandeplatz Bitburg heran.</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Gebäude/Bauwerke und deren Aufbauten (Aufzugsanlagen oder Antennen, Beleuchtungskörper, Blitzfangstangen u.ä.) dürfen die in den Gemeinsamen Grundsätzen des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb vom 3. August 2012 (NfL I – 92/13) beschriebenen Hindernisfreiflächen (Codezahl 2) nicht durchdringen.

Wir empfehlen, für unterhalb der Anflugfläche stehende Gebäude Dachoberflächen zu verwenden, die eine starke Aufheizung vermeiden, um starke Thermikeffekte auf Luftfahrzeuge, die sich kurz vor dem Aufsetzen befinden, abzumildern.

Die konkreten Bauvorhaben sind im Genehmigungsverfahren der Landesluftfahrtbehörde in Hahn vorzulegen. Die Landesluftfahrtbehörde bittet die DFS in diesem Verfahren um gutachtliche Stellungnahme. Hierbei können Höhenbegrenzungen bzw. Kennzeichnungsaufgaben festgelegt werden. Bau- und Mobilkräne sind ebenfalls vorzulegen. Diese dürfen ebenso wenig die Hindernisfreiflächen durchdringen. Dies ist bei den Bauplanungen zu berücksichtigen.

Der Anlagenschutz nach § 18a LuftVG ist nicht betroffen.“

Eine entsprechende Empfehlung wird unter „Hinweise“ in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.

Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Beschluss: In die textlichen Festsetzungen wird unter „Hinweise“ eine Empfehlung aufgenommen, dass für unterhalb der Anflugfläche stehende Gebäude Dachoberflächen verwendet werden sollten, die eine starke Aufheizung vermeiden, um starke Thermikeffekte auf Luftfahrzeuge, die sich kurz vor dem Aufsetzen befinden, abzumildern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Nr. 13 Forstamt Bitburg, Kleistraße 5, 54634 Bitburg– Schreiben vom 31.08.2022	Zu Nr. 13
„...es bestehen seitens des Forstamt Bitburg gegen das Vorhaben keine Bedenken. Forstliche Belange sind nicht tangiert.“	Der Hinweis, dass gegen die Planung keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	
Nr. 14 Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Hohlstraße 12, 54292 Trier – Schreiben vom 01.09.2022	Zu Nr. 14
„...zuständigkeitshalber haben wir Ihre Anfrage an folgende Dienststelle zur Beantwortung abgegeben: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I3 TÖB Fontainengraben 200 53123 Bonn. BAIUDBwToeB@bundeswehr.org“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	
Nr. 17 Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Trierer Straße 1, 54634 Bitburg – Schreiben vom 29.09.2022	Zu Nr. 17
„...zunächst verweisen wir auf unsere Stellungnahmen vom 20.11.2020 und 22.06.2022. Nach Anhörung der betroffenen Fachämter unseres Hauses geben wir zu dem nunmehr ausliegenden und von Ihnen mit Schreiben vom 26.08.2022 übersandten Entwurf des oben genannten Bebauungsplanes für die Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm folgende zusammengefasste Stellungnahme gemäß § 4a Abs. 3 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB ab:	

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>1. Bauwesen Flächennutzungsplan</p> <p>1.1. Wir verweisen auf Ziffer 1.2 unserer Stellungnahme vom 22.06.2022. Laut Abwägungstabelle sollte der Umweltbericht dahingehend umbenannt werden, dass seine Zugehörigkeit sowohl zum B-Plan als auch zur Änderung des FNP deutlich wird. Dies ist bislang nicht erfolgt.</p> <p>Bebauungsplan</p> <p>1.2. Wir verweisen auf Ziffer 1.10 unserer Stellungnahme vom 22.06.2022. Laut Abwägungstabelle sollte die Textfestsetzung korrigiert werden; diese ist jedoch wortgleich mit dem seinerzeit vorgelegten Entwurf.</p> <p>2. Naturschutz und Landschaftspflege Zum oben genannten Planungsvorhaben geben wir als untere Naturschutzbehörde die folgende Stellungnahme ab. Da gegenüber der ersten Offenlage zahlreiche, in den Unterlagen nicht markierte und damit nicht erkennbare Änderungen vorgenommen wurden und zusätzliche, ebenfalls nicht gekennzeichnete, Unterlagen offengelegt wurden, musste eine nochmalige umfassende Prüfung durch die UNB erfolgen. Dies vorausgeschickt ergeht folgende Stellungnahme im Rahmen des zweiten Offenlageverfahrens:</p> <p>Flächennutzungsplan:</p> <p>2.1. Entsprechend der den Unterlagen beigefügten „Abwägungstabelle Offenlage“ wurde die Anregung der Kreisverwaltung/ Naturschutzbehörde in Bezug auf die Teilbereiche A und B aufgegriffen und beschlossen: „Der FNP soll in einem ersten Schritt nur für den Teilbereich mit der Priorität A zur Wirksamkeit geführt werden“ bzw. „Aufgrund der benannten Aspekte kann für den FNP im ersten Schritt nur für den Bereich mit der Priorität A eine Genehmigung beantragt werden“. Weitere Anregungen werden nicht vorgetragen.</p> <p>Bebauungsplan:</p> <p>2.2. Vom Beirat für Naturschutz bei der unteren Naturschutzbehörde werden folgende Anregungen zum vorliegenden Verfahren eingebracht (Auszug aus der vom Vorsitzenden angefertigten Ergebnisniederschrift der Sitzung vom</p>	<p>Der Umweltbericht wird entsprechend umbenannt, sodass eine Zuordnung zum Bebauungsplan <u>und</u> dem Flächennutzungsplan gegeben ist.</p> <p>Die Darstellung ist nicht korrekt. Eine entsprechende Überarbeitung der Festsetzung bzgl. des Verweises auf die Rechtsgrundlage ist bereits erfolgt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>4.8.2022, eine Beschlussfassung erfolgte nicht): „Der Beirat stimmt dem Vorhaben nicht zu, grundsätzlich ist die Fläche nicht ausgleichbar! Der Beirat fordert/vermisst:</p> <ul style="list-style-type: none"> - CEF Maßnahmen müssen vorher durchgeführt werden. - Funktion der Maßnahmen müssen überprüfbar und durch Nachweis belegt sein. - EEG soll Berücksichtigung finden z.B. durch PV auf Dach oder Wand. - Bebauungsdichte nicht über 80% der Grundflächenzahl GFZ. - Vorab soll der Rest der Landebahn (Nord-Ost) in einen entsprechenden Zustand versetzt werden, das langfristig und dauerhaft hier ein entsprechender Magerrasen entstehen kann. Dieser soll gemäht und das Mähgut abgefahren werden, nicht gemulcht werden.“ <p>2.3. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass der Stand nach § 33 BauGB („vorzeitige Planreife“), auf dessen Grundlage Baugenehmigungen erteilt werden können, erst dann erreicht sein kann, wenn fachgutachterlich die im „Umweltbericht“ dargestellten vorzeitig durchzuführenden Artenschutzmaßnahmen (CEF-Maßnahmen, continuous ecological functionality-measures) als funktionsfähig gegenüber der unteren Naturschutzbehörde bestätigt wurden. Nur durch die bestätigte Funktionsfähigkeit der CEF-Maßnahmen können die Verbotsbestimmungen von § 44 Abs. 1 BNatSchG entsprechend § 44 Abs. 5 Nr. 3 überwunden werden (vgl. auch: Beschluss OVG Kassel vom 11.5.2022 - 9 B 234/22.T). Eine andernfalls erforderliche Ausnahmegenehmigung der zuständigen oberen Naturschutzbehörde nach § 45 Abs. 7 BNatSchG wurde unserer Kenntnis nach nicht beantragt und liegt nicht vor.</p> <p>Ohne die entsprechende Überwindung der artenschutzrechtlichen Verbotsbestimmungen würden diese als nicht der Abwägung zugängliche und damit unüberwindliche rechtliche Hindernisse bestehen bleiben und wäre die B-</p>	<p>Dass der Beirat für Naturschutz bei der Unteren Naturschutzbehörde dem Vorhaben bzw. der Planung nicht zustimmt, wird zur Kenntnis genommen. Diese Ablehnung hat jedoch nach sorgfältiger Abwägung keinen Einfluss auf die Planungsentscheidung.</p> <p>Zum Bebauungsplanverfahren fanden umfangreiche Abstimmungen mit der Unteren und der Oberen Naturschutzbehörde statt. Der Planung liegt ein umfassendes Ausgleichsflächenkonzept zugrunde, das auch CEF-Maßnahmen enthält, die unmittelbar durchgeführt werden.</p> <p>Den Forderungen des Beirates kann daher nicht entsprochen werden.</p> <p>Die Funktionsfähigkeit der im „Umweltbericht“ dargestellten CEF-Maßnahmen wird durch das Büro igr fachgutachterlich bezüglich aller betroffenen planungsrelevanten Arten (Feldlerche, Neuntäter, Raubwürger, Wiesenpieper, Mauereidechse, Fledermäuse) gegenüber der UNB bestätigt.</p> <p>Entsprechende Ausgleichsmaßnahmen, einschließlich CEF-Maßnahmen wurden in Abstimmung mit der Unteren und der Oberen Naturschutzbehörde entwickelt.</p> <p>Der Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen wurde ebenfalls im Detail mit den Naturschutzbehörden abgestimmt.</p> <p>Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
--	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>Planung dauerhaft nicht vollzugsfähig. Damit würde der Bebauungsplanung die städtebauliche Erforderlichkeit fehlen, was die entsprechenden Rechtsfolgen nach sich zöge.</p> <p>2.4. Im „Maßnahmenplan CEF-Maßnahmen Röhl/ Scharfbillig“ als Bestandteil des „Umweltberichts“ wird für die südlich des Flugfeldes in der Ackerflur vorgesehenen, in Extensivgrünland umzuwandelnden Ackerflächen als „AS3-CEF“ festgelegt: Zweimalige Mahd/ Jahr, erste Mahd vor dem 10.3., zweite Mahd ab dem 1.9., alternierend auf je 50 % der Fläche. Wir weisen darauf hin, dass dieses aus Artenschutzgründen (Avifauna, Bodenbrüter) vorgegebene Bewirtschaftungsregime mit hoher Wahrscheinlichkeit in Widerspruch stehen würde zum erforderlichen, noch zu präzisierenden Maßnahmenkonzept zur Entwicklung von Magergrünland auf derzeit nährstoffreichen Ackerstandorten mit relativ schweren Böden (überwiegend Lehm, tw. schwerer oder toniger Lehm). Dieser aktuelle Nährstoffreichtum würde Maßnahmen zum möglichst effektiven Entzug von Nährstoffen von den Flächen erfordern und das hieße, Mahd mit Abtransport des Mahdguts während der Vegetationszeit, wenn möglichst viele Nährstoffe im Aufwuchs gebunden sind sowie evt. auch zusätzliche Durchführung von „Schröpschnitten“.</p> <p>2.5. Entsprechend Umweltbericht, S. 40/ 41, sollen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für relevante Tierarten einerseits durch die Bauzeitenregelung AS1-V und eine ökologische Baubegleitung sowie das Aufstellen eines Reptilienschutzzaunes AS2-V im B-Plan-Gebiet bzw. an dessen Rand, andererseits durch notwendige spezielle externe Maßnahmen im direkten Umfeld vermieden werden:</p> <p>2.5.1. In Bezug auf betroffene Feldlerchenvorkommen (entsprechend der Angaben 17 Brutreviere direkt, 3 Brutreviere indirekt betroffen) durch die großflächige (mind. 40 ha, s. Umweltbericht, S. 52) vorzeitige Entwicklung von Extensivgrünland in der Ackerflur zwischen Flugfeld</p>	<p>Der Maßnahmenplan einschließlich der CEF-Maßnahmen muss aufgrund der nicht gegebenen Flächenverfügbarkeit in bestimmten Teilbereichen nochmals überarbeitet werden. Ein entsprechend angepasstes Konzept liegt mittlerweile vor.</p> <p>Ggf. früher vorhandene Widersprüche wurden im Rahmen des überarbeiteten Konzeptes ausgeräumt (Entwicklung Magergrünland / CEF-Maßnahmen Feldlerche).</p> <p>Dazu wurden u.a. zwei Mahdtermine (z.B. Hungerburg: Ende Juli und September mit Entfernung des Mahdgutes) gewählt, welche zu einer Ausmagerung des Bodens führen sollen, aber gleichzeitig nicht in einer Brutzeit der hier durch die CEF-Maßnahmen zu unterstützenden Feldlerchen liegen.</p> <p>Aufgrund der Überarbeitung des Ausgleichsflächen- und Maßnahmenkonzeptes findet eine erneute Offenlage des Bebauungsplans statt.</p> <p>Aufgrund der Änderung des Ausgleichsflächen- und Maßnahmenkonzeptes wird auch der Umweltbericht überarbeitet und ergänzt.</p> <p>Die Hinweise unter Punkt 2.5.1 bis 2.5.4 werden berücksichtigt.</p>
---	---

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>und Röhl (s. „Maßnahmenplan, CEF-Maßnahmen AS 3 Röhl/Scharfbillig“)</p> <p>2.5.2. In Bezug auf Wiesenpiepervorkommen durch die Anlage von Baumreihen als CEF-Maßnahme AS 4 in der Ackerflur Röhl/Scharfbillig sowie die Feldlerchenmaßnahmen AS 3 (s. o.)</p> <p>2.5.3. In Bezug auf Neuntöter und Raubwürger durch die vorgezogenen CEF-Maßnahmen AS 5 auf dem Flugfeld Ost. Hier weisen wir darauf hin, dass, abweichend vom „Umweltbericht“, die „Schutzmaßnahmen-Empfehlungen“ des Raubwürgerexperten Herrn Dr. Dietzen vom 8.3.2022, die ebenfalls mit offengelegt wurden, darüber hinaus auch davon ausgehen, dass südlich des Flugfelds in erheblichem Umfang Maßnahmen ergriffen werden, die auch dem Raubwürger zugutekommen.</p> <p>2.5.4. In Bezug auf Fledermäuse durch die für „Lerche“ und „Neuntöter/Raubwürger“ vorgesehenen Maßnahmen (die zu ergänzenden Nahrungshabitaten und neuen Leitlinien im Umfeld führen).</p> <p>Wir halten es für erforderlich, dass die Vereinbarkeit dieser im „Umweltbericht“ unter Punkt 4.1 definierten artenschutzrechtlich erforderlichen Maßnahmen mit dem mittlerweile vorliegenden Befreiungsbescheid der oberen Naturschutzbehörde für die Inanspruchnahme von rund 38 ha gesetzlich geschütztem Magergrünland und dem entsprechend Befreiungsbescheid aufzustellenden „Konkreten Maßnahmenkonzept zur Herstellung, Entwicklung und Unterhaltung der Kompensationsflächen“ überprüft und ergänzend dargestellt wird (s. auch vorhergehenden Punkt).</p> <p>2.6. Entsprechend Festsetzung 1.2.1 darf die festgesetzte GRZ von 0,8 durch bestimmte (Neben-)Anlagen bis zu einer GRZ von 0,9 überschritten werden, weitere Überschreitungen in geringfügigem Ausmaß sind zulässig. Entsprechend Punkt 6.1 des Umweltberichts fand diese regelmäßig zulässige Überschreitung der GRZ (auf 0,9) keine Berücksichtigung in der Bilanzierung des Umweltberichts, der bei multifunktionaler Kompensation zu einem externen Flächenbedarf von „gerundet mindestens 65 ha“ (Umweltbericht, S. 70) kommt. Wir bitten, dies zu überprüfen und ggf. anzupassen.</p>	<p>Wie bereits oben ausgeführt, wurde das Maßnahmenkonzept entsprechend überarbeitet. Der Umweltbericht wird auf dieser Basis angepasst.</p> <p>Soweit erforderlich, wird die Bilanzierung im Rahmen der Überarbeitung des Umweltberichts angepasst.</p>
--	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>2.7. In Anbetracht der aus gutem Grund in der Öffentlichkeit zunehmend thematisierten Stichworte „Insektenschutz“ und „Lichtverschmutzung“ sowie der weithin blickoffenen Lage des Baugebiets halten wir eine Ergänzung der Textfestsetzungen mit Vorgaben zu Beleuchtungseinrichtungen und -mitteln zum Schutz von Mensch und Umwelt für sinnvoll und erforderlich (Maßnahme zum Schutz von Natur und Landschaft entsprechend § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB).</p> <p>2.8. Im letzten Beteiligungsverfahren war im Umweltbericht, S. 12, aufgeführt, dass „aufgrund vorliegender Erkenntnisse eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG zum Vorhaben zu beantragen sei, da Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG wegen der Betroffenheit der Feldlerchen und des Wiesenpiepers durch die Baumaßnahmen berührt werden“. Wir gehen davon aus, dass diese Anforderung im aktualisierten Umweltbericht aufgrund der ergänzten Ausführungen unter Punkt 4.1 und der dort beschriebenen artenschutzfachlichen Kompensationsmaßnahmen im direkten Umfeld entfallen ist. Wir weisen auf die entsprechende Bedeutung der fachgerechten und fristgerechten Umsetzung dieser Artenschutzmaßnahmen/ vorgezogenen CEF-Maßnahmen hin.</p> <p>2.9. Bereits im vorhergehenden Beteiligungsverfahren hatten wir auf das am 6.10.2021 in Kraft getretene „Landessolargesetz Rhl.-Pf.“ hingewiesen, das bei gewerblich genutzten Neubauten und bei gewerblich genutzten Parkplätzen (ab 50 Stellplätzen) eine Nutzung von 60 % dieser Flächen für Photovoltaikanlagen festlegt. In Anbetracht der aktuellen Lage sowie in Anbetracht der Tatsache, dass im Eifelkreis bereits Hunderte Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche für die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen statt für Nahrungsmittelproduktion in Anspruch genommen werden und unzählige weitere derartige Planungen laufen, halten wir es für nicht nachvollziehbar, dass bei diesen hervorragend geeigneten großflächigen Dach- und Parkplatzflächen im vorliegenden Fall (unbeschattete Südexposition) der Planungsträger in Festsetzung 1.6 für Parkplatzflächen keinerlei Photovoltaiknutzung vorgibt und für Dachflächen nur einen Anteil von</p>	<p>In den Textfestsetzungen wird eine Ergänzung mit Vorgaben zu Beleuchtungseinrichtungen und -mitteln zum Schutz von Mensch und Umwelt vorgenommen.</p> <p>Dieser Hinweis hat sich aufgrund der zwischenzeitlich vorliegenden aktuellen Gutachten erübrigt. Der Umweltbericht wird entsprechend geändert.</p> <p>Die Vorgaben des Landessolargesetzes sind bekannt. Sie werden im Zuge der weitergehenden Planung beachtet.</p> <p>Im Übrigen werden die jetzigen Festsetzungen nicht verändert, da sie nicht im Widerspruch zum Landessolargesetz stehen, sondern dessen Regelungen ergänzend anzuwenden sind.</p>
--	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>40 %. Wir bitten, dies nochmals zu überdenken und die Vorgaben entsprechend zu ändern.</p> <p>2.10. Der B-Plan lässt die Errichtung ungewöhnlich großvolumiger und hoher Gebäude zu. Seite 13 der „Begründung“ enthält eine Visualisierung des Vorhabens, die dies veranschaulicht (mit dargestellten gedämpften, unauffälligen Gebädefarben). Wir halten ergänzende Festsetzungen zur entsprechenden (farblich unauffälligen) Gestaltung der südlichen Fassaden (Richtung Scharfbillig/ Röhl) bzw. zur freien Landschaft für sinnvoll und notwendig.</p> <p>2.11. Der „Umweltbericht“ (S. 55) stellt fest: „Die Sichtkontaktempfindlichkeit / Einsehbarkeit insbesondere nach Süden ist sehr hoch. Die Eingrünung / Einbindung in die umgebende offene Hochflächenlandschaft bei künftiger Bebauung ist daher derzeit sehr mangelhaft; es besteht ein entsprechender Eingrünungsbedarf.“</p> <p>Punkt 5.1.2 des Umweltberichts „Pflanzungen auf den privaten Baugrundstücken“ enthält dazu folgende Formulierung: „Randliche Eingrünung: Entlang der äußersten Baugebietsgrenzen ist eine mindestens 10 m breite dichte Anpflanzung von Laubbäumen und Sträuchern als geschlossener Gehölzbestand anzulegen. Je 100 m² sind hierzu in diesen Flächen fünfzig Sträucher und ein Laubbaum im gestuften Aufbau zu pflanzen.“</p> <p>Entsprechend Festsetzung 1.10.1 ist der vorgesehene private, 15 m breite Grünstreifen am Südostrand des Baugebiets, der dieses in die Landschaft Richtung Scharfbillig/ Röhl einbinden soll, als geschlossener Gehölzbestand im gestuften Aufbau mit einer dichten Anpflanzung von Laubbäumen und Sträuchern anzulegen. Dies wird aus Sicht des Naturschutzes ausdrücklich begrüßt. Für diesen Pflanzstreifen wird allerdings, entgegen der Ausführungen des Umweltberichts (s. o.) nur eine Mindestdiefe von 6 m vorgegeben, möglicherweise aufgrund der ebenfalls festgesetzten Geh-, Fahr- und Leitungsrechte unter diesem Grünstreifen (Sicherung Biogasleitung und Hauptwasserleitung?), s. Festsetzung 1.9. Entsprechend der</p>	<p>Entsprechende Vorgaben im Hinblick auf die Gebäudegestaltung werden im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens gemacht und können durch Auflagen in der Baugenehmigung verbindlich gemacht werden.</p> <p>Weitergehende gestalterische Festsetzungen im Bebauungsplan werden als nicht notwendig erachtet.</p> <p>Der Bebauungsplan enthält ausreichende Festsetzungen zur Eingrünung der Baugrundstücke.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. (ist korrekt).</p> <p>Auch diese Hinweise / Feststellungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
--	---

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

„Entwässerungstechnischen Begleitplanung“, die allerdings nicht eindeutig lesbar ist, sind in diesem Streifen zusätzlich neue Regenwasserkanäle vorgesehen. Entsprechend der vorgelegten „Begründung“ soll dieser private Grünstreifen zudem noch eine weitere Funktion erfüllen: „Die Breite erlaubt zudem die Aufschüttung von Erdmassen im Sinne eines Sicht- und Lärmschutzwalls“ (Punkt 6, S. 13 der „Begründung“). Inwieweit diese ganzen unterschiedlichen Nutzungen bei der gegebenen Streife des Grünstreifens miteinander kompatibel sind, scheint fraglich und wäre zu klären.

Jedenfalls aber ist ein dichter, geschlossener Gehölzbestand aus Bäumen und Sträuchern im gestuften Aufbau auf einem Streifen von nur 6 m Breite nicht realistisch erreichbar. Wir halten zum Erreichen der in den Unterlagen definierten und nachvollziehbar begründeten Zielsetzung die Vorgabe eines deutlich breiteren Pflanzstreifens für erforderlich. Die Angabe in der vorgelegten „Begründung“ (S. 41): „Die Mindestdiefe von 6 m ergibt sich aus dem Mindestabstand zu landwirtschaftlichen Flächen, der zu einer Bebauung zwingend einzuhalten ist“, kann die Reduzierung der im „Umweltbericht“ formulierten Vorgabe einer Mindestbreite von 10 m nicht begründen und ist nicht nachvollziehbar.

- 2.12. Punkt 5.1.2 des „Umweltberichts“ enthält folgende Formulierung unter der Überschrift „Pflanzmaßnahmen auf den privaten Baugrundstücken“: „Stellplatzbegrünung: Zur Begrünung von Kfz – Stellplätzen ist je acht Stellplätze ein Alleebaum innerhalb oder in unmittelbarem räumlichem Zusammenhang zur Stellplatzanlage zu pflanzen.“
Nach „Festsetzung“ 1.10.3 ist je 10 Stellplätze ein Baum zu pflanzen. Die „Begründung“ erläutert nicht, warum es zu dieser Abweichung zwischen der

Der im Umweltbericht bzw. in der Grünordnungsplanung (s.o.) beschriebene Pflanzvorschlag wird nicht gänzlich im Bebauungsplan verbindlich übernommen; hierzu besteht auch keine planungsrechtliche Verpflichtung.

Die festgesetzte reduzierte Pflanzbreite von nur 6 m (statt grünordnerisch optimiert 10 m) wurde allerdings in der Eingriffsregelung / Eingriffs-Ausgleich-Bilanzierung berücksichtigt (vgl. u.a. Seite 67 des Umweltberichts).

Die verbleibenden Defizite insb. auch bezüglich des Landschaftsbildes werden extern durch anderweitige Maßnahmen vollumfänglich kompensiert.

In der Gesamtbilanz der Eingriffsregelung (vgl. Umweltbericht, Seite 90) wird eine vollständige Kompensation der im Plangebiet verbleibenden Defizite festgestellt.

Der Umweltbericht wird im Zuge des weiteren Verfahrens entsprechend angepasst. Die textlichen Festsetzungen entsprechend dem Willen des Plangebers.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>formulierten Anforderung des Umweltberichts und der verbindlichen Festsetzung kam.</p> <p>2.13. Bei Festsetzung 10.1.1, 3. Absatz, Satz 3 ist das Wort „Laubbäumen“ zu ersetzen durch „Laubbäumen und -sträuchern“, da die Fläche mit Bäumen und Sträuchern entsprechend der angegebenen Listen bepflanzt werden soll.</p> <p>2.14. Bei Festsetzung 1.10.8 sind als Pflanzqualität nicht „verpflanzte Sträucher, mind. 60 cm hoch“ anzugeben, sondern sind, um eine bessere Durchwurzelung und damit den Anwuchserfolg und eine gute Entwicklung/leichtere Pflege sicherzustellen, -wie dies gängig ist-, 2 x verpflanzte Sträucher, mind. 80 cm hoch“ vorzugeben (Sträucher benötigen beim Pflanzen einen Pflanzrückschnitt; bei nur 60 cm hohen Sträuchern ist die Gefahr hoch, dass die Pflanzen im sonstigen Bewuchs „untergehen“ bzw. bei Freistellungsmaßnahmen versehentlich mit abgemäht werden).</p> <p>2.15. Hinweis: Wir weisen darauf hin, dass für alle externen vorgesehenen Kompensationsflächen und -maßnahmen ein konkretisiertes Maßnahmenkonzept zu erarbeiten ist. Dieses erfordert in Anbetracht der Komplexität der artenschutzrechtlichen und biotopschutzrechtlichen Sachverhalte, die auf diesen Flächen in Übereinstimmung gebracht werden sollen, ein hohes Maß an Fachwissen und Erfahrung im Umgang mit speziell diesen Fragestellungen (Vorgehensweise zur Neuschaffung von Magergrünland auf Intensivflächen, spezielle Ansprüche von einzelnen Vogelarten). Dieses konkretisierte Maßnahmenkonzept würde dann Bestandteil der erforderlichen Städtebaulichen Verträge (s. u.).</p> <p>2.16. Wir bitten um ergänzende Bemaßung des privaten Grünstreifens am Südwestrand des Plangebiets. Zudem halten wir eine Kennzeichnung dieser, neben dem Rad- und Fußweg gelegenen Fläche, als „Fläche zur Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB“ für sinnvoll.</p>	<p>Die Festsetzung wird gemäß der Anregung der Unteren Naturschutzbehörde angepasst.</p> <p>Die Festsetzung wird gemäß der Anregung der Unteren Naturschutzbehörde angepasst.</p> <p>Ein entsprechendes Maßnahmenkonzept wurde erarbeitet und liegt der UNB vor. Es musste jedoch aufgrund teilweise nicht gegebener Flächenverfügbarkeiten zwischenzeitlich nochmals überarbeitet werden.</p> <p>Die übrigen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine ergänzende Bemaßung des privaten Grünstreifens am Südwestrand des Plangebiets wird vorgenommen. Inwieweit eine Kennzeichnung dieser, neben dem Rad- und Fußweg gelegenen Fläche, als „Fläche zur Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB“ sinnvoll ist, wird geprüft.</p>
---	---

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>2.17. Sicherung externer Kompensationsflächen und –maßnahmen</p> <p>2.17.1. Flächenverfügbarkeit Vor Erreichen des sogenannten „33er-Standes“ nach Baugesetzbuch (Vorzeitige Planreife) ist die dauerhafte Flächenverfügbarkeit der vorgesehenen externen Kompensationsflächen für diese Zweckbestimmung sicherzustellen und nachzuweisen. Sofern der Planungsträger nicht Flächeneigentümer ist, hat dies durch Eintrag einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zugunsten des Planungsträgers und des Eifelkreises Bitburg-Prüm, untere Naturschutzbehörde, als Gesamtberechtigte zu erfolgen. Wenn der Planungsträger Flächeneigentümer ist, ist alternativ auch die Eintragung einer Baulast möglich.</p> <p>2.17.2. Die Maßnahmendurchführung auf diesen externen Flächen ist parallel durch Abschluss eines Städtebaulichen Vertrages zwischen dem Planungsträger und der unteren Naturschutzbehörde zu gewährleisten. Diesem Städtebaulichen Vertrag muss das noch auszuarbeitende „Konkretisierte Maßnahmenkonzept“ zugrunde liegen.</p> <p>2.18. Vor Satzungsbeschluss müssen vom Träger der Bauleitplanung oder durch einen von ihm beauftragten Dritten Eingriff und Kompensation in das digitale Kompensationsverzeichnis des Landes (KSP) entsprechend der Vorgaben der Landeskompensationsverzeichnis-verordnung (LKompVzVO) vom 12.06.2018 (GVBl. S. 158) eingetragen und diese Eintragungen durch die Fachbehörde (Untere Naturschutzbehörde) als „ohne Beanstandungen“ verzeichnet worden sein.</p> <p>Begründung: Nach § 4 Abs. 5 Landeskompensationsverzeichnisverordnung sollen die Beteiligten des Eintragungsverfahrens auf ihre Pflicht zur Beibringung der eintragungspflichtigen Angaben schriftlich hingewiesen werden. Diese Pflicht resultiert aus § 4 Abs. 1 LKompVzVO in Verbindung mit § 10 Abs. 1 LNatSchG, nach dem die Träger der Bauleitplanung alle erforderlichen Angaben digital zur Verfügung stellen müssen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie sind dem Planungsträger jedoch bekannt.</p> <p>Dto.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>3. Raumordnung und Landesplanung</p> <p>3.1. Die vorliegende Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des Flugplatzes Bitburg war Gegenstand eines Verfahrens zur landesplanerischen Stellungnahme gemäß § 20 Landesplanungsgesetz, das mit unserer Stellungnahme vom 23.03.2020 abgeschlossen wurde. Auf die landesplanerische Stellungnahme vom 23.03.2020 wird verwiesen.</p> <p>4. Brandschutz</p> <p>4.1. Aus brandschutztechnischer Sicht ist unsere letzte Stellungnahme weiterhin vollumfänglich zu beachten.</p> <p>5. Wasserrecht</p> <p>5.1. Wir verweisen auf die Ausführungen der wasserwirtschaftlichen Fachbehörde (SGD Trier).</p> <p>6. Sonstiges</p> <p>6.1. Wir bitten Sie, die vorstehenden Anregungen und Hinweise im weiteren Verfahren, insbesondere im Rahmen der erforderlichen Abwägung der öffentlichen und privaten Belange, zu beachten und zu berücksichtigen.</p> <p>6.2. Zur Vermeidung unnötiger Verzögerungen im weiteren Verfahren bitten wir darauf zu achten, dass die im Rahmen der Abwägung gefassten Beschlüsse vollständig in den Planunterlagen umgesetzt werden.</p> <p>6.3. Nach Inkrafttreten der Satzung bitten wir Sie, uns eine Mehrausfertigung der Urkunde in analoger sowie digitaler Form zu übersenden.“</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Beschluss: Die notwendigen Änderungen an den Unterlagen (Plan, Festsetzungen und Umweltbericht) werden durchgeführt. Die Ablehnung des Vorhabens durch den Beirat für Naturschutz bei der Unteren Naturschutzbehörde wird zur Kenntnis genommen. Diese Ablehnung hat jedoch nach sorgfältiger Abwägung keinen Einfluss auf die Planungsentscheidung. Der überarbeitete Maßnahmenplan, einschließlich der CEF-Maßnahmen, wird nach Abstimmung mit der SGD Nord / ONB erneut öffentlich ausgelegt. Von einer Änderung der Festsetzungen zu PV-Anlagen wird abgesehen. Zudem werden keine ergänzenden gestalterischen Festsetzungen sowie ergänzende Festsetzungen zur Eingrünung aufgenommen. Die verbleibenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>	

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung	
Nr. 19 Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesarchäologie, Weimarer Allee 1, 54290 Trier – Schreiben vom 16.09.2022 „...in dem angegebenen Planungsbereich sind der GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier nach Durchführung magnetischer Prospektionen und einer Sondagegrabung keine archäologischen Fundstellen, weswegen wir keine Bedenken gegen die Planung haben. Es sei darauf verwiesen, dass weiterhin eine Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht für archäologische Funde bzw. Befunde besteht (§§ 16–19 DSchG RLP). Diese Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die Belange der GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier. Gesonderte Stellungnahmen der GDKE, Direktion Landesarchäologie, Erdgeschichte Koblenz, der GDKE, Landesdenkmalpflege etc. bleiben vorbehalten und sind ggf. noch einzuholen.	Zu Nr. 19 Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. In den textlichen Festsetzungen wird unter „Hinweise“ bereits auf die sich aus den §§ 16 – 19 DGSchG ergebenden Verpflichtungen verwiesen.
Kein Beschluss erforderlich.	
Nr. 21 Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Brunnenstraße 1, 54568 Gerolstein – Schreiben vom 16.09.2022 „...das Plangebiet befindet sich entlang einer Stadtstraße. Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes erfolgt ebenfalls über Stadtstraßen. Wir stimmen der Änderung des Flächennutzungsplanes sowie der Aufstellung des Bebauungsplanes zu.“	Zu Nr. 21 Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Offenlage: ☐ | Erneute Offenlage: ☒

Nr. 22 Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 667C, 55483 Hahn Flughafen– Schreiben vom 19.09.2022+14.06.2022	Zu Nr. 22
<p>„...Da sich aus unserer Sicht keine Veränderungen ergeben haben, bleibt es im Grunde bei unserer Stellungnahme vom 14.06.2022 (Unser Zeichen VIII-4.12.9.2.3.588/22) siehe Anhang.“</p> <p>Stellungnahme vom 14.06.2022:</p> <p>„...mit Schreiben vom 20.05.2022 haben Sie uns über die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplans informiert und uns um Stellungnahme gebeten.</p> <p>Das Bauvorhaben befindet sich innerhalb der Hindernisbegrenzungsfläche des Sonderlandeplatzes (VLP) Bitburg im Sinne der „Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb (NfL I 92/13)“.</p> <p>Aus luftrechtlicher Sicht bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die Ausweisung des Bauvorhabens in der vorgelegten Fassung, wenn die Hindernisbegrenzungsfläche nicht berührt werden.</p> <p>Der Einsatz von mobilen Autokränen oder sonstigen Kränen ist erneut beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 890, 55483 Hahn-Flughafen zu beantragen. Aufgrund der möglicherweise erforderlichen Beteiligung weiterer Behörden bitten wir um frühzeitige Antragstellung, mindestens 10 Werktage vor dem geplanten Kraneinsatz.“</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Nr. 23 Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Dienststelle Trier, Gartenfeldstraße 12 a, 54295 Trier – Schreiben vom 29.09.2022	Zu Nr. 23
<p>„...zur Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Flugplatz Bitburg, sowie die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 „Flugfeld West“ nehmen wir aus landwirtschaftlicher Sicht wie folgt Stellung:</p> <p>Im Rahmen der bereits erfolgten frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage haben wir zur Planung Stellung genommen. An den Inhalten der Stellungnahmen halten wir nach wie vor fest. Insbesondere an den Bedenken zur Ausweisung der Kompensationsflächen.</p> <p>Durch die Planung entsteht ein Kompensationsbedarf von etwa 65 ha. Dieser Bedarf soll durch das geschaffene Ökokonto der Verbandsgemeinde Bitburg-Land (35,6 ha) gedeckt werden, sowie durch Flächen, die ein ortsansässiger Landwirt der Ortsgemeinde Röhl zur Verfügung stellen will.</p> <p>Bei beiden Flächenpools handelt es sich um hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen, die in der Regionalplanung überwiegend als landwirtschaftliche Vorrangflächen dargestellt sind. Diese sollen nun extensiviert und zum großen Teil von Acker in Grünland umgewandelt werden. Es besteht in den Gemarkungen allerdings ein hoher Flächendruck, der durch die Düngeverordnung, den Klimawandel und den landwirtschaftlichen Strukturwandel verstärkt wird. Ortsansässige Betriebe sind dringend auf Flächenaufstockungen angewiesen.</p> <p>Auch wenn beide Flächenpools von ortsansässigen Landwirten zur Verfügung gestellt werden, wirken sich die Kompensationsmaßnahmen bei dem vorgesehenen Flächenumfang von 65 ha nachteilig auf die Landwirtschaft aus und die bestehende Flächenknappheit wird noch verstärkt.</p> <p>Vorrangflächen im vorgesehenen Umfang derart zu überplanen ist raumbedeutsam und wirkt sich massiv nachteilig auf die Agrarstruktur aus.</p> <p>Die geplanten CEF-Maßnahmen für die Feldlerche gehen in der Gemarkung Röhl zum großen Teil mit der Entwicklung von Extensivwiesen einher, d.h. vorhandene Ackerflächen, die als Vorrangflächen ausgewiesen sind und eine gute Ertragsfähigkeit aufweisen, sollen in extensives Grünland umgewandelt werden. Eine landwirtschaftliche</p>	<p>Zu berücksichtigende agrarstrukturelle Belange sind nur dann betroffen, wenn die Art oder der Umfang der Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen für Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen Auswirkungen auf die Landwirtschaft insgesamt oder auf einzelne Betriebe hätte (§ 4 LKompVO). Da Flächen vom Eigentümer / Landwirt selbst für Ausgleichszwecke angeboten wurden, ist nicht von einer erheblichen Betroffenheit agrarstruktureller Belange auszugehen. Zudem sollen die beabsichtigten Ausgleichsflächen auch künftig überwiegend landwirtschaftlich genutzt werden (Extensivgrünland).</p> <p>Die Ausgleichsmaßnahmen werden durch den Grundstückseigentümer / Landwirt selbst im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen umgesetzt. Somit soll die örtliche Landwirtschaft grundsätzlich mit einbezogen werden.</p> <p>Die Flächen in Röhl / Scharfbillig werden nicht weiterverfolgt und durch anderweitige ersetzt. Die in diesen Flächen auferlegten Nutzungseinschränkungen entfallen somit.</p> <p>PIK-Maßnahmen können nicht in Einklang gebracht werden mit dem Erfordernis zum Ausgleich von Magergrünland.</p> <p>Die grundsätzlichen Bedenken der LWS-Kammer hinsichtlich der Entwicklung von Extensiv-Grünland</p>

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Bewirtschaftung kann nach wie vor stattfinden, stellt aber keinen Vergleich zur bisherigen Nutzung dar.

Fragwürdig sind u.E. die Nutzungseinschränkungen bzw. Auflagen, wie zum Beispiel eine erste Mahd bis zum 10. März. Oft gib es bis zu diesem Zeitpunkt kaum einen Aufwuchs. Auch kann eine Aushagerung/Extensivierung von vorher intensiv genutzten Ackerflächen Jahrzehnte dauern. Geteilt wird diese Auffassung u.a. vom Beirat Naturschutz der SGD Nord. Die Kompensationsmaßnahmen, insbesondere die Umwandlung hin zu Magerstandorten sind daher im Grundsatz in Frage zu stellen.

Maßnahmen für den Artenschutz, beispielsweise für die Feldlerche können in den Ackerbau integriert werden, z.B. mit dem Anlegen von Feldlerchenfenstern; Streifen von Ackerbrache, doppeltem Saatabstand, Blühstreifen etc. Gerade in ackerbaugeprägten Gebieten sollten aus naturschutzfachlicher Sicht vorrangig Maßnahmen im Acker umgesetzt werden.

Auch außerhalb des Start- und Landebahnbereiches des Flugplatzes ist die Feldlerche stark verbreitet. Dies zeigt, dass die landwirtschaftliche Flächenbewirtschaftung der Umgebung mit ihrem Ackerbau eine gute Lebensgrundlage für die Feldlerche bietet.

Bei einem derart großen Flächenbedarf bei gleichzeitig hohem Flächendruck in der Landwirtschaft muss u.E. auf produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen mit einem größtmöglichen Erhalt an Ackerflächen zurückgegriffen werden. Die grundsätzliche Umwandlung von Ackerflächen in Grünland im Bereich landwirtschaftlicher Vorranggebiete wird unsererseits abgelehnt.“

müssen aus hier vorrangigen natur- und artenschutzrechtlichen Gründen im Rahmen der Abwägung zurückgestellt werden.

Beschluss: Die Bedenken der Landwirtschaftskammer werden zur Kenntnis genommen, müssen jedoch wegen vorrangiger anderer Belange zurückgestellt werden.

Offenlage: ☐ | Erneute Offenlage: ☒ |

Nr. 27 Planungsgemeinschaft Region Trier, Postfach 40 20, 54290 Trier– Schreiben vom 31.08.2022	Zu Nr. 27
<p>„...im Rahmen der Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes der Stadt Bitburg und der Verbandsgemeinde Bitburger Land für den Bereich des Flugplatzes Bitburg sowie Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“ des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg verweisen wir auf unsere Stellungnahmen vom 23.11.2020 sowie vom 02.06.2022 im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 sowie gem. § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB).</p> <p>Wir bitten, die dort genannten Belange im Rahmen des weiteren Verfahrens zu berücksichtigen. Darüber hinaus werden von Seiten der Regionalplanung keine weiteren Anregungen vorgetragen.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die seinerzeitige Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen verwiesen.</p>
Kein Beschluss erforderlich.	
Nr. 28 Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Deworastraße 8, 54290 Trier – Schreiben vom 26.09.2022	Zu Nr. 28
<p>„...derzeit kann von uns noch keine abschließende Stellungnahme erfolgen.</p> <p>Für den Feinenbachsgraben (Gewässer dritter Ordnung) steht noch eine hydrologische Untersuchung zur Auswirkung auf die OG Röhl und die vorgesehene Einleitung von Niederschlagswasser aus dem B-Plan Bereich in das Gewässer aus.</p> <p>Wir bitten um umgehende Nachreichung.“</p>	<p>Der Ergebnis der hydrologischen Untersuchung liegt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor. Der Bericht soll im Zuge der 3. Offenlage zur Einsichtnahme zur Verfügung stehen.</p>
Beschluss: Das hydrologische Gutachten wird im Zuge der 3. Offenlage zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.	
<p>Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung</p>	

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Nr. 32 Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Deworastraße 8, 54290 Trier – Schreiben vom 28.09.2022	Zu Nr. 32
„...den aktualisierten Planunterlagen sind keine Änderungen zu entnehmen, die sich offensichtlich auf den anlagenbezogenen Immissionsschutz auswirken. Insofern verweise ich auf meine bisherigen Stellungnahmen im Verlauf der o. g. Verfahren, Weitere Anregungen bestehen meinerseits nicht.“	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 33 Stadtwerke Bitburg, Denkmalstraße 6, 54634 Bitburg– Schreiben vom 29.08.2022	Zu Nr. 33
<p>„...nach Durchsicht der dem o.a. Bebauungsplanentwurf zugehörigen Unterlagen stellen wir fest:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) Innerhalb der Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches sind an der Ostgrenze Regenwasserkanäle und ein Regenrückhaltebecken in der Unterhaltungspflicht der BIMA vorhanden, an die noch der östliche Verlauf der Rollbahn mit deren Nebenflächen angeschlossen ist. Hier ist im Zuge der konkreten Bauplanung zwischen Investor und BIMA eine Neuordnung der notwendigen verbleibenden Rollbahnentwässerung im B-Plan-Bereich durchzuführen. 2.) Anschließend an die nordwestliche Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind alle Grundstücke an öffentliche Mischwasserkanäle bzw. Kanäle im Trennsystem angeschlossen. Die Schmutzwasserableitung aus dem B-Plan-Bereich kann an die außerhalb liegenden Kanäle nach Vorgaben durch die Stadtwerke Bitburg erfolgen. Dadurch ist dann die Schmutzwasserbeseitigung im B-Plan-Bereich gesichert. 3.) Die Niederschlagswasserableitung aus dem B-Plan-Bereich kann die außerhalb liegenden Kanäle nach Vorgaben durch die Stadtwerke Bitburg erfolgen 	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine entsprechende Neuordnung der verbleibenden Rollbahnentwässerung wird im Zuge der konkreten Bauplanung durchgeführt.</p> <p>Der Hinweis darüber, wie die Schmutzwasserbeseitigung im B-Planbereich erfolgen kann, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Derzeit erfolgt eine Konzeption der notwendigen Regenrückhalteeinrichtungen im Plangebiet, sodass</p>

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>(Begrenzung der Einleitmenge aufgrund nicht ausreichender Leistungsfähigkeit der Altkanäle.) Bezugnehmend auf die Entwässerungstechnische Begleitplanung ist es für den gesamten B-Plan-Bereich erforderlich, Niederschlagswasser in Rückhalte-einrichtungen zwischen zu speichern und gedrosselt zeitverzögert abzugeben. Konkrete Mengenangaben sind im ETB nicht enthalten, weitere Aussagen hierzu können zu diesem Zeitpunkt daher nicht erfolgen. Im Zuge der konkreten Bauplanung wird die maximale Ableitungsmenge aus dem B-Plan-Bereich seitens der Stadtwerke Bitburg für die im Eigentum der Stadtwerke befindlichen Regenwasserkanäle vorgegeben. Hierfür ist dann die Niederschlagswasserbeseitigung gesichert. Für die Ableitung in Bereiche, welche nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadtwerke liegen, kann keine Aussage getroffen werden.</p>	<p>das Niederschlagswasser in der notwendigen Menge zurückgehalten und gedrosselt an die öffentlichen Kanäle abgegeben werden kann. Das Konzept wird mit den Stadtwerken abgestimmt.</p>
<p>4.) Gegen eine Grundflächenanzahl GRZ von 0,8 haben wir keine Bedenken. Aufgrund der GRZ und der auch noch zulässigen Überschreitung bis auf 0,9 ergeben sich in der Folge die erforderlichen Rückhaltevolumina.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>5.) Anschließend an die nordwestliche Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind alle Grundstücke an das öffentliche Trinkwasserversorgungsnetz angeschlossen. Die Trinkwasserversorgung innerhalb des B-Plan-Bereichs kann durch Anschluss an die außerhalb liegenden Leitungen nach Vorgaben durch die Stadtwerke Bitburg erfolgen. Dadurch ist dann die Trinkwasserversorgung im B-Plan-Bereich gesichert. Gleiches gilt für die Bereitstellung des Grundschutzes zur Löschwasserversorgung. Hier kann eine Menge von 96 m³/h aus dem öffentlichen Netz zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>6.) Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes haben wir keine Bedenken.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>7.) Im Umweltbericht Seite 39 ist unter Pkt. 5.2 festgelegt: „Vorgeschaltet sind Mulden, Rigolen und Freigefällekanäle mit dem aus dem Entwässerungskonzept resultierenden Rückhaltevolumen innerhalb des Plangebiets anzulegen...“. Wir wiesen darauf hin, das Rigolen wie vorstehend beschrieben von der Oberen</p>	<p>Derzeit erfolgt eine Konzeption der notwendigen Regenrückhalteeinrichtungen im Plangebiet, sodass das Niederschlagswasser in der notwendigen Menge zurückgehalten und gedrosselt an die öffentlichen Kanäle abgegeben werden kann. Das Konzept wird im</p>

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Wasserbehörde genehmigt werden müssen. Wir empfehlen, auf die Errichtung von Rigolen ganz zu verzichten.	Zuge eines Baugenehmigungsverfahrens mit den Stadtwerken abgestimmt.
Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.“	
Beschluss: Die Hinweise zur Wasserver- und Entsorgung werden zur Kenntnis genommen. Das sich in Arbeit befindliche Entwässerungskonzept ist mit den zuständigen Behörden und Stellen abzustimmen.	
Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung	

Nr. 40 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn – Schreiben vom 30.08.2022	Zu Nr. 40
„...unsere Stellungnahme von 23.05.2022 bleibt weiterhin bestehen. K-IV-0609-22 BBP“	Der Hinweis, dass die Belange der Bundeswehr berührt, aber nicht beeinträchtigt werden, wird erneut zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 41 Westnetz GmbH Regionalzentrum Trier, Eurener Straße 33, 54294 Trier – Schreiben vom 29.08.2022	Zu Nr. 41
„...ergänzend zu unserer Stellungnahme vom 22. Oktober 2020 bitten wir folgende Hinweise zu beachten: Zu Textliche Festsetzungen – 2 Hinweise auf sonstige beachtende Vorschriften und Richtlinien- Punkt 18/19: Ein öffentlicher Versorgungstreifen von mindestens 1,5 m Breite muss auf einer Straßenseite berücksichtigt werden.	Der Hinweis zur Berücksichtigung eines öffentlichen Versorgungstreifens von 1,5 m Breite wird unter „Hinweise“ in den textlichen Festsetzungen ergänzt.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Werden unsere Belange in diesem Sinne beachtet, dann bestehen aus unserer Sicht gegen Ihre weiteren Planungen keine Bedenken.“

Beschluss: In die textlichen Festsetzungen wird unter „Hinweise“ eine Ergänzung vorgenommen, auf einer Straßenseite ein öffentlicher Versorgungstreifen von mindestens 1,5 m Breite Berücksichtigung finden muss.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung